

Kampf den „Kosakenhorden“ und „Massenmördern“

Die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD hat eine lange und wechselvolle Tradition / Von Professor Dr. Gregor Schöllgen

Es ist merkwürdig: Da traten wochenlang ein sozialdemokratischer Bundeskanzler und ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister, flankiert von einem grünen Außenminister, vor die Mikrophone und Kameras, erläuterten ihren Landsleuten, mit durchweg überzeugenden Argumenten, den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg und beschrieben den Gegner mit Begriffen wie „Massenmörder“, die Vertretern der deutschen Sozialdemokratie in ihrer einhundertfünfzigjährigen Geschichte nur selten über die Lippen gekommen sind. Die meisten Beobachter sehen in diesen Auftritten einen Salto mortale führender Repräsentanten der SPD und nehmen, je nach politischem Standort, mehr oder weniger befriedigt zur Kenntnis, daß sich die Partei endlich auf den Boden der außen-, sicherheits- und weltpolitischen Realitäten begeben habe.

Für diese Sicht der Dinge scheint einiges zu sprechen: Mehr als hundert Jahre ist es her, daß Wilhelm Liebknecht vor dem Deutschen Reichstag für seine Partei die Losung ausgab, die für die SPD bis in die jüngste Vergangenheit verbindlich gewesen zu sein schien: „Die beste auswärtige Politik“, so führte Liebknecht, an die Adresse Bismarcks gewandt, 1882 aus, „ist gar keine.“ Damals war das die naheliegende Konsequenz aus der Hauptforderung der SPD, „statt mit dem Auslande“ sich mit den „inneren Angelegenheiten“ zu beschäftigen und „Frieden und Wohlfahrt im Lande selbst herzustellen“ – ein Refrain, den die Partei aus Überzeugung auch dann noch intonierte, als sie sich längst von ihren Ursprüngen als klassenkämpferisch auftretende Interessenvertretung der Arbeiterschaft gelöst hatte.

Im übrigen stand der SPD seit 1889 mit der Zweiten Internationale ein Forum zur Verfügung, auf dem sie nach ihrer Façon „mit dem Auslande“ für die Erhaltung des Friedens in der Welt arbeiten konnte. Trotz des mehrfachen Scheiterns der Internationale und ihrer Nachfolgerin in der ersten Jahrhunderthälfte sind die Sozialdemokraten auch dieser Linie treu geblieben. Triebman, so gesehen, nicht ständig auswärtige Politik? Schließlich steckte in Liebknechts Diktum natürlich auch ein Stück Polemik, besaß doch das deutsche Parlament im Kaiserreich praktisch keine außenpolitische Kompetenz und Wirkungsmöglichkeit, und Außenpolitik galt den Sozialdemokraten – auch deshalb – als Instrument des Imperialismus, Militarismus und Systemerhalts: warum also sich den Kopf über diese Fragen zerbrechen?

Die Argumentation, mit der sich ihre Fraktion, damals die stärkste im Deutschen Reichstag, dann allerdings geschlossen hinter den Kurs der deutschen Außenpolitik stellte, als diese im August 1914 das Land in den Krieg gegen seine Nachbarn führte, nimmt sich nur auf den ersten Blick wie ein Bruch mit jener Maxime aus. Indem er zunächst für seine Partei ausdrücklich die Verantwortung für die Folgen von Imperialismus und Wettüsten, also einer verfehlten Außenpolitik, ablehnte, stellte der Fraktionsvorsitzende Hugo Haase klar, daß die SPD „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“ lassen werde.

Im übrigen gehe es gegen den Hott der Reaktion in Europa, den „russischen Despotismus“, und der Kassierer der Partei und spätere preußische Ministerpräsident, Otto Braun, vertraute in jenen Tagen seinem Tagebuch an, er sehe „die halbasiatischen, schnapsgefüllten russischen Kosakenhorden die deutschen Fluren zerstampfen, deutsche Frauen und Kinder martern, die deutsche Kultur zertreten“. Das waren drastische Worte, gesprochen in einer außerordentlichen Situation.

Sie änderten nichts an jener grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik, die Wilhelm Liebknecht im Januar 1882 zum Ausdruck gebracht hatte, und es war sein Sohn Karl, der schon wenige Wochen nach Kriegsausbruch im Reichstag die alte Kritik wiederaufnahm und mit seiner Verurteilung des „imperialistischen Angriffs- und Eroberungskrieges“ den ersten Schritt auf dem Weg zur späteren Spaltung von Fraktion und Partei tat: Die enorme Belastung, die jeder Waffengang für sie bedeuten mußte, konnte die SPD um so weniger aushalten, je länger dieser dauerte.

Nach dem Krieg, nach Spaltung und späterer erneuter Teilfusion, kehrte die Partei daher fast zwangsläufig zu ihrer alten Haltung zurück, obgleich das Parlament jetzt, in der Weimarer Republik, auf dem Feld der Außenpolitik deutlich mehr Gestaltungsfreiheit besaß als in der Ära Bismarcks und Wilhelms II.: Zwischen 1918/19 und 1933 überließen die Sozialdemokraten die wichtigen außenpolitischen Entscheidungen selbst dann anderen, als sie die Regierungsverantwortung mittrugen, und schon das war selten genug der Fall. So überrascht es nicht, daß die letzte parlamentarisch gestützte Regierung der Weimarer Republik, die des SPD-Reichskanzlers Hermann Müller, im März 1930, neben dem Problem der sozialen Sicherung, auch an einer außen- beziehungsweise rüstungspolitischen Frage gescheitert ist, nämlich am Drama um den Bau des „Panzerkreuzers A“.

Kein Zufall auch, daß die traditionsreichste deutsche Partei in ihrer hundertfünfzigjährigen Geschichte nicht nur kaum zwanzig Jahre in der Regierungsverantwortung gestanden, sondern lediglich für etwa vier Jahre den Außenminister gestellt hat. Von diesen wiederum ist heute nur noch einer in Erinnerung: Von Dezember 1966 bis Oktober 1969 stand Willy Brandt an der Spitze des Auswärtigen Amtes, bevor er ins Bundeskanzleramt umzog, um dort die eigentlich folgenreichen außenpolitischen Entscheidungen zu treffen. Wem ist noch bewußt, daß Helmut Schmidt nach dem Auszug der FDP-Minister aus der sozialliberalen Koalition in der zweiten Septemberhälfte 1982 für 14 Tage zugleich Außenminister und damit übrigens bis heute der einzige deutsche Politiker gewesen ist, der einmal alle drei Ämter innegehabt hat – das des Verteidigungsministers, das des Bundeskanzlers und, wenn auch als Episode, das des Außenministers?

Nicht wesentlich anders hatte es in der Weimarer Republik ausgesehen: Lediglich vom Juni 1919 bis zum Juni 1920 hatten mit Hermann Müller und Adolf Köster Sozialdemokraten an der Spitze des Berliner Auswärtigen Amtes gestanden. Daß ausgerechnet in dieser Zeit der Versailler Vertrag unterzeichnet werden mußte, trug einiges dazu bei, daß sich die SPD bis zu ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten in außenpolitischen Fragen abermals weitgehend abstinente verhielt. Danach hatten ihre Mitglieder andere Sorgen.

So gab es, wie Carlo Schmid 1979 rückblickend bilanzierte, nach 1945 in den Reihen der Partei „nicht viele Frauen und Männer . . ., die sich bereits mit Tatbeständen der Außenpolitik verantwortlich auseinandergesetzt hatten“. Daß ausgerechnet ein Sozialdemokrat, eben Carlo Schmid, der erste Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundestages war, hatte einen einfachen Grund: In der Nachkriegszeit mit ihren enormen inneren Problemen hielten die beiden großen Parteien den Wirtschaftspolitischen Ausschuss für den wichtigeren, und also fiel er an die CDU, die Gewinnerin der ersten Wahl.

Während der fünfziger Jahre war die Haltung der SPD zur Außen- und Sicherheitspolitik im wesentlichen durch die noch von Schumacher vorgegebene Fundamentallopposition gegen den Kurs Adenauers geprägt. Zwar lag ihr eine dezidierte Vorstellung von Deutschlands Stellung in Europa und in der Welt zugrunde, doch war diese in ihrer Zeit nicht mehrheitsfähig. Erst mit Wehners berühmter Rede vom 30. Juni 1960, einem seiner berühmten Alleingänge, meldeten sich die Sozialdemokraten mit ihrer Zustimmung zur politischen und militärischen Westbindung der Bundesrepublik als potentielle, weil mehrheitsfähige Akteure auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu Wort. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt alle wichtigen Entscheidungen bereits gefallen, und zwar durchweg gegen den Widerstand der SPD. Das alles – Akzeptanz der Außenpolitik der Regierung nach heftiger Attacke und Polemik – erinnert an den Kurs der SPD in den Jahren vor dem jüngsten Regierungswechsel.

Indessen gab es damals, nach Wehners Kurswechsel, in der Partei manchen, der die Notwendigkeit und die Chance gleichermaßen erkannte, Konsequenzen zu ziehen und der Partei ein eigenes außenpoliti-

ches Profil zu verschaffen. In Erinnerung geblieben ist Bahrs mit Brandt abgestimmte Tutzingener Rede, die bereits 1963 erkennen ließ, wohin die Reise gehen sollte: „Wandel durch Annäherung“ lautete die Losung für die künftige Gestaltung der Beziehungen insbesondere zur DDR. Auch das war noch nicht ein bis ins letzte durchdachtes Konzept, konnte es auch nicht sein, solange die Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung nicht trugen, zumindest mittrugen.

Daß die SPD, als es dann 1966 beziehungsweise 1969 soweit war, der deutschen Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungspolitik bis 1982 unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt und der Bundesrepublik auf diesen Feldern eine Reputation verschafft hat, von der sie auch noch in den schwierigen Zeiten der ausgehenden achtziger und beginnenden neunziger Jahre zehren konnte, erkennen längst auch ihre damaligen Kritiker und Gegner an. Insbesondere in ihrer Ost- und Deutschland-Politik

und Deutschland-Politik hatte erheblich an Schwung verloren. Aber daß eine Affäre wie der „Fall Guillaume“ ihn zum Rücktritt veranlaßte, hatte eben auch mit Wehners despektierlichen öffentlichen Äußerungen und nicht zuletzt mit seiner Deutschland-Politik auf eigene Faust zu tun. Und auch daß Brandts Nachfolger, der nicht nur für die Fortsetzung der Ostpolitik oder für die europäische Währungspolitik, sondern auch für den Nato-Doppelbeschluß steht, von seiner Partei bei dieser Entscheidung im Stich gelassen wurde und daß darin ein Grund für den Bruch der sozialliberalen Koalition zu sehen ist, ist nicht von der Hand zu weisen.

Solchermaßen und nicht zuletzt mit eigener Kraft aus der politischen Verantwortung gedrängt, stellte sich für die SPD die wohl unlösliche Frage: Was macht eine Partei in der Opposition, wenn die Regierung die eigene erfolgreiche Politik, in diesem Falle ihre Ost- und Deutschland-Poli-

sche Kraft in Deutschland den Umbrüchen in der Welt und in Europa nahezu sprach- und hilflos gegenüberstand. Aus den genannten Gründen nicht darauf vorbereitet, die Initiative zu ergreifen, glich ihre Haltung nach 1989 ihrer Einstellung zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Weimarer Republik und während der Nachkriegszeit. Von wenigen, voran Brandt, abgesehen, verfielen die Spitzen von Partei und Fraktion angesichts des unerwarteten Mauerfalls in Sprachlosigkeit.

Nicht nur gab es aus ihren Reihen keine Initiative, die den 14 Punkten Kanzler Kohls vom 28. November vergleichbar gewesen wäre; vielmehr verlegten sich führende Repräsentanten der SPD sogar auf das Warnen vor einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Zwar erwies sich manches Argument im nachhinein als zutreffend; unter dem Eindruck der dramatischen Entwicklungen um die Jahreswende 1989/90 setzte sich aber in der Bevölkerung der

Verhältnis zur Macht zu finden. Angesichts des Mißbrauchs, den die alte Großmacht Deutsches Reich bis 1945 wiederholt mit ihrer Machtfülle getrieben hatte, war die Neigung der Sozialdemokraten groß, jedes internationale Engagement der Bundesrepublik, etwa im Jugoslawien-Konflikt, unter Hinweis auf diese Geschichte und jedenfalls dann abzulehnen, wenn es militärische Mittel einschloß: Daß die Sozialdemokraten, wie wohl die meisten Deutschen, heute ihre Unterstützung des Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mit ebendieser Geschichte zu legitimieren suchen, ist alles andere als ein Zufall.

Gewiß, mit ihrer Auffassung stand die SPD in Deutschland nicht alleine, im Gegenteil; neben den Grünen verfochten die Sozialdemokraten auf der parlamentarischen Bühne eine Position, die Anfang der neunziger Jahre zweifellos die Auffassung der Mehrheit der Bundesbürger widerspiegelte. Mit Argumenten, die von ihr in den frühen fünfziger Jahren zur Westintegration der Bundesrepublik vorgebracht auffallend ähnelten, ging die SPD im Sommer 1992 sogar soweit, die Frage aufzuwerfen, ob man einen Zerstörer der Bundesmarine für einen Inspektionsauftrag der UN im Rahmen einer WEU-Aktion und als Teil eines Nato-Verbandes in eine Krisenregion schicken dürfe.

Unverkennbar stand dahinter auch die historisch begründete Sorge der traditionsreichsten deutschen Partei, daß sich die auf diese Aufgaben gänzlich unvorbereitete Bundesrepublik unversehens in einem außer Kontrolle geratenen Konflikt befinden könnte. Mit Blick auf die derzeitige Lage klingt das so abwegig nicht. Kaum nachvollziehbar aber war, daß sich die SPD auch dann noch schwertat, die neuen weltpolitischen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, als Deutschland von der Staatengemeinschaft nachdrücklich daran erinnert wurde, daß Macht auch Verantwortung und Verpflichtung bedeutet. Immerhin hatte sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen schon bei seinem Besuch im Januar 1993 für die „volle Beteiligung“ Deutschlands an sämtlichen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen der Weltorganisation ausgesprochen.

Und so tat die SPD-Fraktion am 13. Dezember 1996 das, was Wehner 36 Jahre zuvor schon einmal für sie getan hatte: Indem sie mehrheitlich dem Sfor-Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina zustimmte, stellte sie sich spät, aber nicht zu spät auf den Boden der neuen Realität. Mit diesem wichtigen Schritt trugen die Sozialdemokraten maßgeblich dazu bei, daß die deutsche Außenpolitik ihr Gesicht wahren konnte und die Deutschen weiter an die rauhe weltpolitische Wirklichkeit herangeführt wurden.

Das war kein geringes Verdienst; und man fragt sich, ob die deutschen Sozialdemokraten ohne ihre Tradition die außerordentlichen Herausforderungen hätten annehmen können, denen sie sich, unerwartet, bald nach der neuerlichen Übernahme der Regierungsverantwortung gegenübersehen. Das gilt in einem doppelten Sinne: Daß sich die SPD gerade deshalb hinter die militärische Intervention der Nato im Kosovo stellen müsse, weil ihre Tradition eben nicht in der Nähe kriegerischer Aggression anzusiedeln, sondern vielmehr seit jeher im Engagement für die Menschlichkeit und, wenn man so will, im Kampf gegen den „Despotismus“ zu sehen sei, überzeugte innerparteilich.

Und dann gibt es jenes solide, in den sechziger und siebziger Jahren gelegte Fundament sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, zu dem Brandts Ost- und Deutschland-Politik oder die Sicherheits- und Währungspolitik seines Nachfolgers ebenso gehört wie jene sozialdemokratische Ära auf der Hardhöhe, die sich mit den Namen von Schmidt, Leber und Apel verbindet. Erst heute wird deutlich, wie wichtig die in dieser Zeit fast unauffällig bewerkstelligte Annäherung von Sozialdemokratie und bewaffneter Macht gewesen ist. So steht die sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik dieser Tage nicht nur in einer langen und wechselvollen, sondern auch in einer gewachsenen und bewährten Tradition.

Der Autor lehrt Neuere Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen.



Militärisch gegen Massenmord auf dem Balkan einschreiten: Der Sozialdemokrat Scharping und der Grüne Fischer Foto Schambeck/BPA

fürten die beiden sozialdemokratischen Kanzler, gegen den heftigen Widerstand der damaligen Opposition, ihre Landsleute auf den Boden der weltpolitischen Realitäten, und das hieß damals: des auf absehbare Zeit nicht überwindbaren territorialen Status quo in Europa und damit in Deutschland.

Angesichts des traditionellen Verhältnisses der deutschen Sozialdemokratie zur Außenpolitik, angesichts auch der durchaus erklärbaren Eigenart des politischen Geschäfts, daß die meisten Staats- und Regierungschefs der Welt ihre außenpolitischen Neigungen erst im Amt entdecken, war es keineswegs selbstverständlich, daß Brandt und Schmidt dieses bereits mit einem entsprechenden Profil antraten: Brandt brachte schon aufgrund seiner Biographie vielfältige Kenntnisse und Interessen mit ins Kanzleramt; und Schmidt hatte sich bis 1974 mit der Feder oder auch als Chef der Hardhöhe längst einen Namen als Sicherheitspolitiker gemacht. Honoriert worden ist diese Kompetenz von den Genossen allerdings nicht, jedenfalls nicht von allen und mit letzter Konsequenz.

Bekanntlich haben die Sozialdemokraten einiges zum vorzeitigen Abschied ihrer Kanzler aus dem Amt beigetragen, und das nicht zuletzt über Fragen, in denen Brandt und Schmidt ihrer Partei ein erkennbares Profil vermittelt haben. Gewiß, der Kanzler Brandt war erschöpft, und auch die Ost-

politik oder die Ausführung des Nato-Doppelbeschlusses, nahtlos fortsetzt? Entweder – und das war die Haltung der Mehrheit der Partei zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen seit 1982 – gar nichts. Oder aber sie tritt mit Konzepten hervor, die sich, um als eigenständig erkennbar zu sein, zwangsläufig von der Politik der Regierung abheben müssen.

Dabei konnte es sich nur um Außenseiterpositionen handeln, wie etwa im Falle der diversen Vorschläge für ein System kollektiver Sicherheit in Europa, die Bahr im Laufe der achtziger Jahre entwickelte und die weder in seiner eigenen Partei mehrheitsfähig noch für die Mehrzahl der Deutschen akzeptabel waren, von den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und der Nato zu schweigen. Es lag in der Logik dieser durchweg öffentlichkeitswirksam vorgebrachten und scharfsinnig formulierten Gedanken, daß sie sich von der punktuellen Kritik an Carters Neutronenwaffe oder Reagans SDI-Programm über die grundsätzliche Distanzierung von der amerikanischen Vormacht und der atlantischen Allianz zur Prognose entwickelten, daß sich an den gegebenen politischen Verhältnissen in Europa nichts ändern werde und daß jeder, der die deutsche Frage aufwerfe, Europa „störe“. „Wir haben“, so Bahr 1988, „ein Interesse an einer stabilen DDR.“

So konnte es nicht überraschen, daß die SPD wie keine zweite vergleichbare politi-

Eindruck fest, als bestehe das Konzept der Sozialdemokraten in Sachen deutsche Einheit darin, zu verhindern und zu verweigern. Angesichts der Entschlossenheit Kohls zur Vereinigung und der beachtlichen internationalen Erfolge, die ihm dabei gerade auch im Ausland bescheinigt wurden, blieb der SPD schließlich keine Wahl, als sich ihrerseits auf den Boden der neuen Realität zu stellen.

Nicht wesentlich anders taktierte die Partei in der Frage, wie es mit der Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland weitergehen solle. Auch hier wurden, ähnlich wie nach 1949, die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt; auch hier blieb schließlich nur die Möglichkeit, zu reagieren. Am Anfang stand die Schwierigkeit, zu erkennen, daß Deutschland, jedenfalls aus der Sicht seiner Nachbarn und ohne das zu wollen, mit der Vereinigung in die Rolle einer europäischen Großmacht geraten war. Dafür sprachen nicht nur historische, politische, militärische, ökonomische und andere Gründe, sondern schon die Tatsache, daß die deutsche Vereinigung als einziges Ereignis dieser Art gegen jeden Trend stand, der sich in der Auflösung der Sowjetunion, der Tschechoslowakei oder zuletzt Jugoslawiens dokumentierte.

Hinter der Schwierigkeit aber, Deutschlands grundlegend gewandelte internationale Situation angemessen zu erkennen, verbarg sich das eigentliche Dilemma, ein